

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 13 (1972)  
**Heft:** 12

**Artikel:** Verbrennt die Hexe SOI! : Man stimmt die Instrumente zur grossen Orchestrierung  
**Autor:** Sager, Peter  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1095313>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Man stimmt die Instrumente zur grossen Orchestrierung

## Verbrennt die Hexe SOI!

Vor einigen Jahren schon wiesen wir in Vorträgen darauf hin, dass die weitere politische Gewichtsverschiebung zugunsten der revolutionären und totalitären Kreise sehr wohl zu einer Lage führen könnte, in der die Tätigkeit des SOI von bestimmten Gruppen als Belastung für die Schweiz bezeichnet würde. Dazu brauchte es nicht viel Phantasie: die «Eingabe der 200» beispielsweise bezeichnete gerade die Widerstandskreise gegen den Nationalsozialismus als für die Schweiz untragbar.

Nun sind wir wieder einmal so weit. Unter dem Titel «Falsches Geschichtsbild» veröffentlichte die Zürcher «AZ» am 23. Mai einen Artikel, in dem gefordert wird: «Der überfällige Abschied von jener penetranten rechtsradikalen Ideologie, die sich im Zivilverteidigungsbuch, im Soldatenbuch, in den Sonntagsreden des Rudolf Gnägi und heimtückischer in den Aktivitäten von Institutionen wie Redressement national und Ost-Institut artikuliert, müssten auf dem Programm der politischen Entrümpelung stehen, damit der Entscheid für die Schaffung eines Zivildienstes eine glaubwürdige Basis erhält.»

Während man hier mit Zensur- und Verbotsmassnahmen kämpfen möchte, hat das SOI noch nie solche Schritte vorgeschlagen und auch das Verbot etwa der PdA immer abgelehnt. Wir überlassen es dem Leser, die Schlussfolgerungen zu ziehen.

In den Chor von «AZ»-Ring und «Focus» hat inzwischen auch das «Feuille d'Avis de Lausanne» und neuerdings die Basler «National-Zeitung» eingestimmt. Letztere bemüht nun auch das Establishment, wie unserer Wiedergabe des am 3. Juni erschienenen Artikels entnommen werden kann (Reproduktion dritte Spalte).

Zunächst: S. C. Kaspar hat sich beim «Feuille d'Avis de Lausanne» inspiriert — oder wurde er im Rahmen einer organisierten Kampagne auf das SOI angesetzt? Er telefonierte uns; wir verwiesen ihn auf unsere Antwort im «Feuille d'Avis» vom 26. Mai. Die konnte er nicht finden und nicht beschaffen. So beschränkt sind Re-

cherchen, deren Ergebnisse nicht ins gewünschte Feindbild passen. Ein blosser Alibi-Anruf? Wir rekapitulieren kurz:

### Die periodischen Veröffentlichungen des SOI

1. **Informationsdienst.** Uebersicht über die Presse der Sowjetunion, sieben osteuropäische Staaten und China. Erscheint wöchentlich in sechs Abteilungen in einem Durchschnittsumfang von 80 Seiten pro Woche. Enthält Uebersetzungen und Zusammenfassungen wichtiger Artikel aus den angegebenen Ländern. Jedes Quartal werden für jede Abteilung Sachregister erstellt.

Interessenten: Regierungsstellen, Forschungsinstitutionen, wirtschaftspolitische Verbände. Erscheint seit 1958. Abonnementspreis: Fr. 1000.— im Jahr.

2. **Wirtschaftsdienst.** Wöchentliche Orientierung über die wirtschaftliche Entwicklung, besonders über die ausserwirtschaftlichen Anstrengungen der im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe zusammengefassten Länder. Der durchschnittliche Wochenumfang beträgt 12 Seiten. Studien über konkrete Fragen und Darstellungen besonderer Probleme erscheinen als Beihfte alle 2—4 Wochen.

Interessenten: Industrie, Handel und Banken. Erscheint seit 1959. Abonnementspreis: Fr. 500.— im Jahr.

3. **ZeitBild.** Zweiwochenzeitung mit Originalberichten über die politischen, sozialen, kulturellen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Vorgänge in kommunistisch beherrschten und beeinflussten Ländern; Kommentare zu aktuellen Entwicklungen der Weltpolitik; Ergänzung tagespolitischer Informationsquellen.

Interessenten: Alle Kreise, die die internationale Entwicklung verfolgen und eine breitere Information zur Meinungsbildung wünschen.

Erscheint seit 1960 (bis Ende 1968 als «Der klare Blick»). Abonnementspreis: Fr. 30.— im Jahr (für Studenten und Lehrlinge Fr. 20.—).

4. **Bulletin d'études politiques.** Französischsprachige Parallelausgabe zum ZeitBild, mit gleichem Interessentenkreis.

Erscheint seit Januar 1970, vorläufig zehnmal im Jahr. Abonnementspreis Fr. 12.— im Jahr (für Studenten und Lehrlinge Fr. 10.—).

5. **Freier Korrespondenz-Dienst.** Wöchentlicher Pressedienst für schweizerische Zeitungen mit Artikeln über Osteuropa und Spezialprobleme, die für die West—Ost-Auseinandersetzung von Bedeutung sind.

Interessenten: Redaktionen von Zeitungen und Zeitschriften. Erscheint seit 1948 mit Unterbruch 1951 bis 1957. Abonnementspreis je nach Auflage 70 bis 110 Franken pro Jahr.

6. **Service de presse I. S. E.** Französischsprachige Parallelausgabe mit gleichem Interessentenkreis. Erscheint seit 1970.

7. **Swiss Press Review and News Report.** Englischsprachiger wöchentlicher Pressedienst mit Artikeln über die Entwicklungshilfe der Schweiz und schweizerische Beurteilungen internationaler Ereignisse.

Interessenten: Redaktionen, Radiostationen, Bibliotheken in den Entwicklungsländern.

Erscheint seit 1960. Abonnementspreis: Für Bezüger in den Entwicklungsländern Fr. 15.— pro Jahr.

8. **Revista de la Prensa Suiza y Noticiario.** Paralleldienst in spanischer Sprache für den gleichen Interessentenkreis in Lateinamerika.

Erscheint seit 1962.

9. **Revue de la Presse Suisse — Information — Commentaires.** Paralleldienst in französischer Sprache für den gleichen Interessentenkreis in Afrika und Asien.

Erscheint seit 1962.

Zu den Diensten für Entwicklungsländer:

Sie waren nie ausschliesslich gedacht als schweizerische Presseübersicht. Das geht allein schon aus den Titeln hervor, die ja auch auf den kommentierenden Teil hinweisen. Sodann haben wir wesentlich mehr Zitate und Abdrucke gebracht, als S. C. Kaspar aus seinen unzulänglichen Unterlagen errechnet. Die letzten 24 Ausgaben aller drei Dienste enthalten immerhin 32 Artikel und Zitate aus schweizerischen Zeitungen, darunter ein Artikel aus dem «Zeitdienst».

Sollte S. C. Kaspar der Meinung sein, dass man im Falle des SOI seinen Publikationen den Titel vorzuschreiben und behördlich zu bestimmen habe, wie der dem genehmen Titel entsprechende Inhalt auszusehen hätte? Wenn es zu einer solchen Willkür gegenüber unabhängigen Verlegern kommen sollte, dann hätten wir allerdings die behördliche Repression, wie man sie zu Unrecht hierzulande immer wieder beklagt und gleichzeitig denen anwünscht, die der geforderten Konformität nicht entsprechen.

Unabhängig davon: ein Mitarbeiter der «National-Zeitung» ist in einer heiklen Position, einen Zeitungskopf mit dem Inhalt zu vergleichen. Oder legt die «National-Zeitung» etwa Wert darauf, als «national» eingestuft zu werden?

Unseren Pressediensten war und bleibt das Ziel gesetzt, über die schweizerische Entwicklungshilfe zu berichten, schweizerische Beurteilungen internationaler Ereignisse bekanntzumachen und schliesslich sachliche Recherchen eigener Mitarbeiter zu veröffentlichen. Damit versuchen wir eine Neutralisierung der massiven sowjetischen Propaganda in der Dritten Welt, soweit es mit diesen bescheidenen Mitteln möglich ist. Selbstverständlich sind wir nicht blind prosowjetisch, wie es offenbar nach S. C. Kaspar

(Fortsetzung auf Seite 12)

### SOI-Antikommunismus als Werbung in der Dritten Welt

## Nabelschau statt Presseschau

Von Stefan C. Kaspar

Das Schweizerische Ostinstitut (SOI) — nach dessen Leiter Peter Sager eine Organisation zur «Beobachtung der sozialen, politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklung in den kommunistisch geführten Ländern» — verschiebt seit die Dritte Welt. Die als «Revue de la Presse Suisse — Information et Commentaires» getitelten Broschüren, deren Umfang korrespondenztechnische und südamerikanische Staaten sind, haben in dem mit einem Querschnitt durch die Schweizer Presse weit bis nicht zu tun. Bis auf einige Ausnahmen sind alle von Institut-Mitarbeitern selbstverfasst, antikommunistische Artikel.

Offizielles Geburtsjahr des als Aklingsgesellschaft — «aber nicht gewinnbringend» — aufgezogenen Schweizerischen Ostinstituts ist das Jahr 1959. Finanzieller Hauptträger: die Publikation «ZeitBild» mit einer Auflage von über 13 000 Exemplaren. 24 Mitarbeiter recherchieren, übersetzen und schreiben Artikel, die dem Image der kommunistischen Staaten Abbruch leisten sollen — verbreitet werden deshalb fast ausschliesslich negative Aspekte des Ostblocksystems. SOI-Chef Sager verleiht seine Schwarz-Weiss-Ideologie: Den Kritikern des Nationalsozialismus wirft man ja auch nicht vor, dass sie den Strassenbau Hilters nicht erwähnen.

Die «ZeitBild»-Leser sind vornehmlich Käser aus Industrie und Wirtschaft. Arbeiter beispielsweise hätten auch Mühe, den Abonnementspreis für die Gesamtpublikationen aufzulösen: er beträgt 1000 Franken im Jahr. Für das Bulletin «Wirtschaftsdienst» müsste man allein schon 500 Franken jährlich übrig haben.

Trotz den unbedingten finanziellen Ansprüchen an die Leser der SOI-Bücher steckt das Institut in einem Finanzengpass: Das Geschäft mit dem Antikommunismus scheint in der Schweiz schlecht zu florieren. Auch eine kürzlich durchgeführte Werbekampagne blieb praktisch ohne Wiederhall und belästete höchstens die ohnehin schon strapazierte Ausgabenseite des SOI-Budgets.

Im Februar wurde ein Prospekt an rund 2000 Juristen und 6000 Architekten und Ingenieure versandt. Resultat: «Eine neuemswerte Wirkung ist noch ausstehend».

9500 «ZeitBild»-Sondernummern mit einem Beitrag über die Schwangerschaftsuntersuchung in Osteuropa gelangten an ebenso viele Ärzte mit der Einladung zu einem Abonnement-Erfolg: ganze sieben Neubestellungen.

4000 Exemplare von «einem Sonderdruck über die «neue Linke» wurden an schweizerische Wirtschaftsführer verschickt und «ausserhalb von redaktioneller Verantwortung» von ihnen der Preis von 5 Franken, zu hoch oder sie interessieren sich nicht um die «neue Linke» vielleicht lindert das, wenn sich die neue Linke noch ausgedehnt um die Wirtschaftsführer erstreckt, kommentierte erobert das SOI. Mehr Erfolg scheint Peter Sager und seinen Leuten in den Ländern der Dritten Welt beschieden zu sein:

«Wir konnten im Jahr 1971 um die 1700 kontrollierte Abdrücke von uns verfasster Artikel in den Zeitungen dieser Länder registrieren — daraus ergab sich ein Durchschnitt von rund 600 Abdrücken zählen.»

Ziel der seit zehn Jahren vertriebenen «Revue de la Presse Suisse» ist dabei die Neutralisierung des sowjetischen Einflusses in den Entwicklungsländern. Um dieser Zielsetzung besser nachkommen zu können, hat man denn auf die im Titel versprochenen «Zitate» aus dem Schweizer Pressewald verzichtet. Sager: «Früher zitierten wir mehr — die selbstverfassten Artikel kommen jedoch besser an.» In der Tat erhält der ausländische Abonnent des sonderbaren «Presseinformationsdienstes» 25 Exemplare der letzten Monate (mit durchschnittlich 4—5 Artikeln) enthalten lediglich einige Auschnitte aus dem «Journal de Genève», «L'Unité», «NZZ» und «Gazette de Lausanne» gelangen je einmal zu «SOI-Zitaten».

Gegen diesen filtrierten Aufbau des schweizerischen Presse-Images in der Dritten Welt wenden sich die Betroffenen.

Der Präsident der schweizerischen Journalisten-Union (SJU), Hans-Ulrich Büchli: «Solche Missbräuche können wir nicht dulden. Wir werden der Sache nachgehen und die nötigen Schritte in die Wege leiten.» Auch André Rodari, Präsident des schweizerischen Pressevereins (SPV) möchte etwas unternehmen: «Vielleicht müssten sogar die Schweizer Verleger reagieren.» Schliesslich hat man auch im Eidgenössischen Politischen Departement (EPD) aufgehört: «Die Sache interessiert uns, bitte schicken Sie uns einige Exemplare zur Prüfung...»

Forderung nach Kontrolle, Zensur oder Verbot? Man will die SOI-Pressedienste an die Kandare nehmen.

Alarm zu schlagen. Die Reflexe arbeiten nicht mehr, und wir haben den Zustand der Aufweichung aller Normen und Werte, ohne die auf die Dauer keine Gesellschaft bestehen kann. Es schwindet die Ehrfurcht, aber am anderen Ende der Wertskala schwindet ebenso sehr das Vermögen der bedingungslosen und sich auf nichts mehr einlassenden Entrüstung. Es steht schlimm um eine Gesellschaft, wenn sie auf die Keulenschläge des Rechtsbruchs, der Willkür, der Unmenschlichkeit, der Intoleranz, der Grausamkeit und der Mitleidlosigkeit durch keinerlei Patellarreflexe mehr reagiert und jene Stumpfheit eintrifft, die der Verbote des Zusammenbruchs ist. Tritt dann an die Stelle der Empörung, die keine Entschuldigung anerkennt, die Beschönigung, das Interessantfinden, das Werben um Verständnis, die Heiligung der Mittel durch den Zweck, die zynische Erfindung von Rechtfertigungstheorien und der snobistische Flirt mit dem Abnormen, so ist der tiefste Punkt erreicht P. S.

## Verbrennt die Hexe SOI

(Fortsetzung von Seite 9)

spars Massstäben Voraussetzung wäre. Was er uns vorwirft, nämlich «dem Image der kommunistischen Staaten Abbruch» zu leisten, gehört in die Verantwortung der kommunistischen Führer, die uns wenig Anlass geben, positive Errungenschaften in ihrem Herrschaftsbereich zu kommentieren, und die den Entschluss zum Einmarsch in die Tschechoslowakei sicher ohne uns gefasst haben. Im übrigen haben wir die Schwarzweissmalerei nachweisbar schon bekämpft, als sie noch im antikommunistischen Sinne modisch war.

Hübsch ist der Hinweis, Arbeiter hätten Mühe, den «Abonnementspreis für die Gesamtpublikationen aufzubringen». Spricht es etwa gegen den Kauf eines Buches, dass man nicht sämtliche Bücher des gleichen Verlages kaufen kann? (Unser Informationsdienst, dessen Abonnieurung für den einzelnen Staatsbürger wenig sinnvoll ist, weil er jährlich über 4000 Seiten Uebersetzungen aus der kommunistischen Presse auszuwerten hätte, kostet 1000 Franken. Das entspricht 20 Franken für die wöchentlich 80 Seiten zeitraubender Auswahl, Uebersetzungs- und Schreibebeit!)

In der Tat: Politische Aufklärungsarbeit auf sachlicher Grundlage und als Ergebnis wissenschaftlicher Forschung ist kein einträgliches Geschäft, wie man es uns allerdings auch schon vorgeworfen hat und wie es die «National-Zeitung» betreibt. Merkwürdig bleibt indessen, dass man uns sowohl vorwirft, mit dem «Antikommunismus» ein Geschäft zu betreiben, als auch, damit keinen Erfolg zu haben. Merkwürdig bleibt, dass uns wegen des «schlecht florie-

renden» Geschäftes Vorwürfe just von jener Seite zufliegen, die sich sonst nicht damit genug tun kann, gegen das Profitdenken anzurennen.

Merkwürdig bleibt schliesslich, dass an sachlichen Einwänden gegen unsere Arbeit nichts vorgebracht worden ist. Kein Hinweis, geschweige denn Beweis, dass unsere Informationen tatsachenwidrig wären, kein Argumentieren mit unserer Argumentation. Vermutlich sind wir gerade deshalb so anstössig; wir erinnern uns zu gut, wie die moskaugläubigen Kreise nach der sowjetischen Invasion der Tschechoslowakei vom 21. August 1968 sagten, wir hätten kein Recht, recht gehabt zu haben. Das allerdings darf uns in unserer Arbeit nicht beirren.

Peter Sager

## Briefe

(Fortsetzung von Seite 7)

die BRD. Bei dieser Bewertung wird die auch international wichtige Tatsache gänzlich vergessen, dass der Vertrag eine absolute Absage an das Selbstbestimmungsrecht der Völker bedeutet.

Die DDR wurde nicht auf Wunsch ihrer Bevölkerung geschaffen, sondern im Interesse der Sowjetunion. Man hat sie niemals in der Form einer geheimen Wahl befragt, ob sie der Errichtung des Staates zustimme. Das als Prinzip sonst allgemein anerkannte Selbstbestimmungsrecht, auf Grund dessen auch die ehemaligen Kolonialvölker ihre staatliche Freiheit erhielten, wurde ihr nicht gewährt.

Dass die Sowjetunion der Bevölkerung der DDR das Selbstbestimmungsrecht aberkennt, entspricht ihrer politischen Ueberzeugung und Praxis.

Schon Lenin sagte, man dürfe das Selbstbestimmungsrecht der Völker nur mit dem Vorbehalt anerkennen, dass es im Interesse der Sowjetunion liege; sonst nicht. Sonderbarerweise spricht aber auch die nichtkommunistische, demokratische Welt der Bevölkerung der DDR das Selbstbestimmungsrecht ab. Auch diese Welt ist ausdrücklich oder stillschweigend mit dem Selbstbestimmungsrecht-Verzichtvertrag einverstanden oder hat sogar ihre Freude darüber geäussert, obwohl dies ihren Interessen nicht entspricht.

Die Absage an das Selbstbestimmungsrecht der DDR-Bevölkerung ist nicht nur eine Sache des deutschen Volkes, sondern aller Völker, da sie eine allgemeine politische Bedeutung hat. In politischer Hinsicht ermöglicht sie den stärkeren Staaten, andere Länder und Völker ohne Rücksicht auf das Selbstbestimmungsrecht zu unterdrücken, zu okkupieren und einzuverleiben. Andererseits beraubt sie die bereits okkupierten Länder jeder Möglichkeit, aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes die Selbständigkeit wieder zu erlangen. Wenn der Bevölkerung der DDR das Selbstbestimmungsrecht nicht zuerkannt wird, so kann es auch die Bevölkerung der Tschechoslowakei nicht beanspruchen, und auch zum Beispiel die Balten haben keine Grundlage zu ihrer Forderung nach Selbständigkeit. F. Kl.

*Gerade weil ich für das Selbstbestimmungsrecht auch der Tschechoslowaken usw. bin, sehe ich nicht so recht ein, was für eine Neuigkeit man geschaffen hat, wenn man jetzt auch die DDR gleich behandelt wie die CSSR. Im übrigen habe ich nichts gegen das Selbstbestimmungsrecht auch für die Deutschen. Im Osten ist es seit 25 Jahren aufgehoben; im Westen wird es jetzt bedroht; daher meine aktuelleren Sorgen. cb*

## Unser TV-Kommentar

Für die mögliche Informationsmanipulation an unsern Monopolinstitutionen lieferte die Berichterstattung des deutschschweizerischen Fernsehens über die Vietnamdemonstration vom 3. Juni in Bern ein geradezu klassisches Beispiel.

Hier zunächst die relevanten Tatbestandselemente. Der Zug der Demonstranten formierte sich auf dem Bundesplatz und brach von dort auf zur amerikanischen Botschaft. Nach Ueberqueren der Kirchenfeldbrücke scherte eine Gruppe von teils behelmt und maskierten Leuten aus, um vor dem Gebäude amerikanischer Gesellschaften an der Jungfraustrasse blitzschnell zu Gewaltakten zu schreiten. Sachschaden rund 100 000 Franken. Knapp vor der Ankunft der alarmierten Polizei wurden diese Angriffe abgebrochen. Auf Befehl ihrer Führer tauschten die Leute Helme, Maskenschutz und Westen aus, um der Identifizierung durch Photos entgegen zu können — wie das übrigens in der einschlägigen Literatur für Stadtguerillas empfohlen wird. Diese Gruppe begab sich dann geschlossen und gefolgt von Polizei zur amerikanischen Botschaft, wo sie zum Gros der Demonstranten stiess und — nach Verbrüderungsszenen mit diesen — die Polizei in drohender Haltung empfing. Als die Polizei abwartend Stellung bezog, wurde sie mit Schleudern beschossen. Darauf rückte sie einige Schritte vor, worauf die Gewaltanwen-

dung aufhörte. Kurz darnach wurde auch die Demonstration selbst abgebrochen.

Tags zuvor hatten an der Universität Bern Flugblätter zu einer gewaltlosen Gegendemonstration aufgerufen. Entsprechende Flugblätter wurden ohne Störung der Demonstration — auf dem Bundesplatz — und nur dort — verteilt. Damit hatte das, was inhaltlich als Gegendemonstration zu verstehen ist, sein Bewenden. Wir müssen das hier nachdrücklich festhalten, weil dann in der TV-Berichterstattung der Begriff der Gegendemonstration eine Rolle spielt.

Am Abend des 3. Juni zeigte unser Fernsehen vor der Tagesschau zunächst einen nordvietnamesischen Film über die Zerstörungen durch amerikanische Bomben. Merkwürdig schon hier, wie nordvietnamesische Communiqués, Filme und Propagandaschriften mit kritikloser Gläubigkeit ins Programm aufgenommen werden, derweil entsprechenden Verlautbarungen aus Saigon grundsätzlich mit maximalem Misstrauen, wenn nicht mit deklariertem Unglauben begegnet wird. (Jener Seite also, die in ihrem Machtbereich kritische Aeusserungen einer öffentlichen Meinung zulässt, glaubt man nicht, der Seite aber, die nichts gelten lässt ausser ihrer eigenen obrigkeitlichen Darstellung, der glaubt man unbesehen.) Keine Rede davon, vor, während oder nach diesem Film, dass Hanoi einen regelrechten zwischenstaatlichen Angriffskrieg ausgelöst hatte, dass es wegen der erfolgten Vietnamisierung im Süden und der schwindenden Macht des Vietcong zur offenen Invasion hatte übergehen müs-

sen. Keine Rede davon, dass der Norden allein eine Aggression betreibt, dass Südvietnam nur verteidigt und keinen Herrschaftsanspruch auf Nordvietnam erhebt.

Statt dessen leitete der Sprecher nahtlos über zum Bericht über die friedliche Berner Demonstration, gerichtet gegen die Greuelthaten des amerikanischen Imperialismus, wie sie der Film in ausgesprochener Feinddarstellung gezeigt hatte. Es folgte ein Ausschnitt aus dieser Demonstration. Man sah, dass es nicht gar so friedlich zu und her ging. (Und anderntags vernahm man von den Verwüstungen durch bestimmte Demonstranten.) Das Gezeigte und das Nichtgezeigte liess sich nun allerdings mit der Vorstellung einer friedfertigen Demonstration nicht so gut vereinbaren. Also suggerierte man eine Erklärung. Im Zusammenhang mit den gewaltanwendenden Demonstranten sprach man von einer «Gegendemonstration», durch welche die friedliche Demonstration gestört worden sei. Aus dem, was inhaltlich ein Teil der Demonstration war, wurde eine Gegendemonstration gemacht. Und was sollte eigentlich das Fernsehpublikum glauben (besonders nachdem ja eine inhaltliche Gegendemonstration angekündigt und in den von uns geschilderten Ansätzen durchgeführt worden war)? Etwa, dass Anhänger Saigons ihre Gewalttätigkeit in die friedliche Demonstration hineingetragen hätten? Oder was sonst? Jedenfalls war die Verantwortung der Demonstranten aufgehoben. So einfach wird Zeitgeschichte manipuliert. ps